



Mustervorlage für kommunalpolitische Anträge

Die Bundesregierung hat mit Verabschiedung des Wärmeplanungsgesetzes alle deutschen Kommunen dazu verpflichtet, einen Wärmeplan zu erstellen. Dieser Plan soll Grundlage für klimaneutrales Heizen im gesamten Stadtgebiet bis spätestens 2045 sein. Städte mit über 100.000 Einwohner:innen müssen den Plan bis Mitte 2026 vorlegen, kleinere Gemeinden bis Mitte 2028. Die wichtigste Aussage für die einzelnen Bürger:innen ist, ob ihr Gebäude zukünftig an ein Wärmenetz angeschlossen wird. Denn daran entscheidet sich, ob sie sich individuell um eine nicht-fossile Heizung kümmern müssen.

Die Umsetzung der Wärmepläne ist leider für die Kommune und den lokalen Energieversorger nicht verbindlich. Nichtsdestotrotz stellen die Wärmepläne einen wichtigen strategischen Schritt dar, bei dem untersucht wird, wie in einzelnen Stadtgebieten in Zukunft klimaneutral geheizt werden kann – also ohne Kohle, Öl und Erdgas.

Paradoxerweise muss die Wärmeplanung aber keine konkreten Aussagen über den Rückzug aus der Gasversorgung enthalten. Dabei hängen der Ausbau klimafreundlicher Heizungslösungen und die Stilllegung der kommunalen Gasinfrastruktur direkt miteinander zusammen. Im Regelfall ist klar, dass große Teile der Gasnetze in zehn bis zwanzig Jahren nicht mehr gebraucht werden.

Dabei handelt es sich um einen größeren Umbruch in der Wärmeversorgung, der gut und langfristig geplant und den Bürger:innen rechtzeitig angekündigt werden muss. Die Stadt oder das lokale Stadtwerk sollten deshalb unbedingt rechtzeitig untersuchen, ab wann es sich in den verschiedenen Stadtgebieten nicht mehr rentiert, die Gasversorgung aufrechtzuerhalten. Außerdem sollte die Stadt ein Kommunikationskonzept erarbeiten, um in der Bevölkerung Akzeptanz für den Rückzug aus der Gasversorgung zu schaffen.

Die Wärmepläne verschiedener Kommunen sind aufgrund der individuellen Voraussetzungen immer unterschiedlich. Die Forderung, dass die Stilllegung der Gasnetze dabei mitgedacht und langfristig geplant werden muss, ist jedoch für alle Kommunen sinnvoll. Um diese Kernforderung in eurer Kommune an die Entscheidungsträger:innen heranzutragen, findet sich in diesem Dokument Folgendes:

- ✓ Möglichkeiten, wie ihr die Forderungen zum Gasausstieg politisch einbringen könnt
- ✓ Eine Mustervorlage in Form eines Maßnahmenpakets mit Textbausteinen, die ihr für Forderungen und politische Anträge an den Stadtrat nutzen könnt

Wo könnt ihr die Forderungen einbringen?

► Lobbygespräche

Am meisten bewegen wir in der Politik mit persönlichen Gesprächen. Mitglieder des Stadtrats und der Verwaltung müssen sich mit vielen Themen auseinandersetzen und haben oft nicht die Zeit, jedes einzelne in der erforderlichen Tiefe zu bearbeiten. Gut aufbereitete Sachinformationen stoßen daher oft auf Interesse. Vielleicht sind euch einzelne Stadratsmitglieder oder die/der Klimaschutzmanager:in eurer Gemeinde schon bekannt. Dann könnt ihr mit ihnen erste Gespräche führen und dabei nach weiteren interessanten Kontakten, auch in den konservativeren Parteien, fragen.

► Bürgerfragestunde

Meistens bieten Städte während der öffentlichen Gemeinderatssitzung eine Einwohner- oder Bürgerfragestunde an. Dort können Bürger:innen (kritische) Fragen stellen, die sie einige Tage vorher einreichen müssen, damit die Stadt die Antwort für die öffentliche Sitzung vorbereiten kann. So könnt ihr in Erfahrung bringen, ob die Stadt schon erste Schritte zur Planung der Gasnetzstilllegung in die Wege geleitet hat. Auch außerhalb der Einwohnerfragestunde könnt ihr unter Berufung auf das Umwelt- oder Informationsfreiheitsgesetz Fragen an die Verwaltung stellen. Nicht immer muss es dabei formal zugehen: Ein Griff zum Telefonhörer kann manchmal Welten bewegen.

► Beteiligung an der Wärmeplanung

Als Umweltgruppe bietet es sich in jedem Fall an, eine oder mehrere Stellungnahmen zum kommunalen Wärmeplan einzureichen und zu veröffentlichen. Laut Gesetz ist die Stadt verpflichtet, am Ende der Wärmeplanung 30 Tage Zeit für Stellungnahmen zu geben, bevor der Plan im Stadtrat zur Abstimmung gestellt wird. Einige Städte veröffentlichen jedoch auch bereits Ergebnisse von den Zwischenschritten der Wärmeplanung (Bestandsanalyse, Potenzialanalyse, Zielszenario, Umsetzungsstrategie), die Bürger:innen kommentieren können. Außerdem veranstalten viele Städte öffentliche Informationsveranstaltungen, bei denen wir uns einbringen können.

► Bürgerantrag / Bürgerversammlung

In vielen Städten ist es möglich, als Bürger:in einen Antrag in die Stadtpolitik einzubringen. Manchmal gibt es sogenannte Bürger- oder Einwohnerversammlungen, bei denen die anwesenden Bürger:innen darüber entscheiden, ob ein Antrag dem Stadtrat vorgelegt werden soll. In andere Städten gibt es die Möglichkeit, per Bürgereingabe einen Vorschlag an die Stadtverwaltung einzureichen. Hinweise dazu findet ihr in der Gemeindeordnung oder ihr erfragt sie bei eurer Gemeinde.

► Stadtratsantrag

Eine weitere Möglichkeit ist es, die Fraktionen im Stadtrat davon zu überzeugen, einen Antrag einzubringen. Dafür könnt ihr um Gespräche bitten und die entsprechenden Mehrheiten organisieren, damit der Antrag nicht einfach abgelehnt wird. Es lohnt sich also, bei mehreren Fraktionen anzufragen – im Zweifel auch bei konservativeren Akteuren.

Mustervorlage für Anträge oder Stellungnahmen

- Die folgenden Textbausteine basieren auf einer Recherche des Umweltinstituts nach positiven Beispielen beim kommunalen Gasausstieg. Sie eignen sich z.B. für Bürger- oder Stadtratsanträge, aber auch als Leitfaden für Gespräche, für Forderungspapiere und Stellungnahmen. Ihr müsst nicht alle Textbausteine nutzen, ihr könnt sie beliebig umformulieren oder umstellen. Sie sind als Anregung gedacht. Die gelb hinterlegten Begriffe passt ihr je nach lokaler Gegebenheit an, z.B. hinsichtlich des lokalen Klimaziels.

Gerne berät das *Klimawende von unten*-Team interessierte Gruppen auch per Zoom oder Telefon. Meldet euch dafür einfach per Mail bei uns: klimawende@umweltinstitut.org

Grundsatzbeschluss

Die Stadt [Stadtname] beginnt auf Basis der kommunalen Wärmeplanung gemeinsam mit dem Gasnetzbetreiber und dem Gasgrundversorger die Planung einer geordneten, schrittweisen Ablösung der Erdgasversorgung mit erneuerbaren Alternativen.

Wirtschaftliche Prüfung des Gasnetzes je nach Netzgebiet

Die Stadt [Stadtname] setzt sich über die ihr zur Verfügung stehenden Gremien und Kommunikationswege dafür ein, dass der [Name Gasnetzbetreiber] eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des kommunalen Gasnetzes vornimmt und diese dem Stadtparlament vorstellt. Der [Name Gasnetzbetreiber] erstellt in diesem Zusammenhang einen Plan für die schrittweise Stilllegung von Teilgebieten (anhand von Zieljahren), um hohe Kosten zu vermeiden.

Dieser enthält mindestens:

- Eine Prognose über die erwartete Abnahme der Gaskund:innen und Gasnachfrage in den betrachteten Gebieten in 3-Jahres Stufen bis zum Zieljahr [Jahreszahl]

- Eine Analyse über Alter, zukünftige Investitionsbedarfe, Abschreibungsdauer und ggf. weitere relevante Faktoren der betrachteten Gebiete
- Die Darstellung von Szenarien zur prognostizierten Entwicklung der Gesamtwirtschaftlichkeit des Gasnetzes inklusive der Netzgebühren für Gaskund:innen, bei schrittweiser gegenüber keiner vorzeitigen Stilllegung von Teilgebieten
- Geeignete Maßnahmen, um in den betroffenen Teilgebieten alle Gebäude jederzeit mit Wärme versorgen zu können (z. B. der Anschluss an ein Wärmenetz oder den Verleih von Heizungen)
- Eine Übersicht über die zu erhaltenden und ggf. für andere Gasarten zu ertüchtigenden Gasleitungen zur Versorgung von Industriebetrieben, die nicht elektrifizieren können und weiterhin auf einen gasförmigen Energieträger angewiesen sind. Ggf. wird zu diesem Zweck eine Transformationsplanung in Abstimmung mit den betroffenen Industriebetrieben vorgenommen.

ODER (kürzere Alternative, falls die Wärmeplanung noch am Anfang steht)

Die Stadt [Stadtname] soll das Projektteam Wärmeplanung beauftragen, bei der Ausarbeitung des Wärmeplans die Stilllegung von Gasnetzen miteinzubeziehen. Bei der Einteilung in die Eignungsgebiete soll im Wärmeplan die schrittweise Ablösung der Gasversorgung je nach Teilgebiet dargestellt werden. Außerdem soll das Projektteam durch geeignete Öffentlichkeitsmaßnahmen vor den finanziellen Risiken beim Einbau neuer Gasheizungen warnen. Die Stadt soll dafür im kommenden Haushalt 2026 die nötigen Mittel einplanen.

► Wenn ihr diesen Textbaustein nutzt, solltet ihr in der Begründung ein Beispiel für die Darstellung der Gasnetzstilllegung im Wärmeplan anfügen (wie z. B. im [digitalen Energieplan Zürich](#))

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationskonzept

Die Stadt [Stadtname] informiert ihre Bürger und Bürgerinnen über die bevorstehende Ablösung der Erdgasversorgung, um Fehlinvestitionen zu verhindern. Dafür erarbeitet sie gemeinsam mit dem [Name Gasnetzbetreiber] eine Kommunikationsstrategie.

Einbindung des lokalen Handwerks

Die [Stadtname] unterstützt Heizungsinstallateur:innen bei Schulungen zum Einbau von Wärmepumpen und/oder Fernwärmeanschlüssen, z. B. über ein kommunales Förderprogramm oder Kursangebote in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer.

Prüfung des Konzessionsvertrags

Die Stadt [Stadtname] prüft, ob im Zuge der Stilllegung von Teilgebieten Anpassungen im bestehenden Gaskonzessionsvertrag nötig sind.

Soziale Gerechtigkeit

Die Stadt [Stadtname] sorgt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und im Einklang mit der EU-Richtlinie 2024/1788 (Art. 13) dafür, dass im gesamten Prozess soziale Härten angemessen abgefedert werden.

Begründung

- Der folgende Text muss an die lokale Situation angepasst werden (siehe Markierungen in gelb).

In den nächsten Jahren ist ein starker Rückgang der Erdgasnachfrage in Stadt [Stadtname] zu erwarten. Das liegt zum einen an den steigenden CO₂-Preisen. Immer mehr Menschen steigen deshalb schon jetzt auf klimafreundliche Heizungen wie Wärmepumpen um. Dadurch wiederum steigen für die im Gasnetz verbleibenden Nutzer:innen die Netzentgelte – was die Kosten weiter in die Höhe treibt. Mit immer weniger Kund:innen wird sich der Betrieb von Gasnetzen schon deutlich vor 2045 nicht mehr lohnen. Daher sind hohe verbliebene Anlagewerte zu erwarten, wenn [der Netzbetreiber] nicht frühzeitig mit der Planung einer geordneten und schrittweisen Stilllegung von Gasnetzen beginnt.

Heute heizt noch ungefähr die Hälfte der Deutschen mit Erdgas, in Stadt [Stadtname] sind es [Anzahl] Prozent der Haushalte. Bis zum Jahr [Jahreszahl] (Deutschland: 2045) muss das Heizen mit fossilen Energieträgern spätestens beendet sein, um das Klimaziel einzuhalten. Alle klimazielkonformen Energiesystemstudien gehen laut Agora Energiewende (2023) von einem um 85 bis 97 Prozent abnehmenden Erd- und Biogasbedarf bis 2045 aus. Die Stadt [Stadtname] hat sich das Ziel gesetzt, sogar bereits bis zum Jahr [Jahreszahl] klimaneutral zu sein.

Da erneuerbare Gase nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen, um den heutigen Gasbedarf der Haushalte zu ersetzen, werden bis zu 90 Prozent der bestehenden Gasleitungen laut Agora Energiewende in Zukunft nicht mehr benötigt. Nur wo Industrieanwendungen nicht elektrifiziert werden können (das betrifft in der Regel nur Anwendungen, die mehr als 200°C benötigen), ist eine Umrüstung der Gasnetze auf Wasserstoff sinnvoll. Das ist in Stadt [Stadtname] ggf. Name Industriegebiet] nötig.

Große Netzbetreiber mit über 45.000 Kund:innen werden ohnehin ab 2026 von einer EU-Richtlinie verpflichtet, ihr Netzgebiet auf Rentabilität eines Weiterbetriebs zu prüfen. Wenn sie einen abnehmenden Gasbedarf erwarten, müssen sie den schrittweisen Rückzug aus der Erdgasversorgung planen. [Name Gasnetzbetreiber] kann eine Prognose über den Gasbedarf beispielsweise anhand der Gebietseinteilung im kommunalen Wärmeplan erstellen. Geschieht dies nicht, drohen Szenarien, in denen Gasnetze teuer instandgehalten werden müssen, um einzelne verbleibende Haushalte mit Gasheizung zu versorgen.

Immer mehr Kommunen und Netzbetreiber in Deutschland kündigen den Rückzug aus der Gasversorgung daher schon jetzt an, so zum Beispiel die MVV Energie AG in Mannheim sowie die enercity AG in Hannover. Dieser Schritt ist wichtig, um Bürger:innen vor Fehlinvestitionen in neue Gasheizungen und den steigenden Gaspreisen zu schützen.

Schweizer Städte wie Basel, Zürich und Winterthur zeigen, wie der Ausstieg aus der Gasversorgung funktionieren und kommuniziert werden kann. Besonders wichtig ist es, die Bürger:innen von Stadt [Stadtname] transparent über die Entwicklungen am Wärmemarkt zu informieren und das Vertrauen zu schaffen, dass es für jedes Haus eine klimafreundliche Heizlösung geben wird. Der Wärmeplan ist dafür eine wichtige Grundlage.

Quellen

► Diese Quellen könnt ihr im Antrag angeben oder für eure Argumentation nutzen.

- [EU-Richtlinie 2024/1788 \(EU-Gaspaket\)](#)
- [Gebäude-Energie-Gesetz](#)
- [Wärmeplanungsgesetz](#)
- [Studie zur Zukunft der Gasinfrastruktur im Raum Zürich](#)
- [MVV Mannheim: Zukunft der Gasnetze: Empfehlungen für eine koordinierte Wärmewende](#)
- [Ratgeber: Das Gasnetz in der Energieversorgung der Zukunft](#)
- [Rechtsgutachten: Planung mit Wasserstoff ist aktuell nicht zu verantworten](#)
- [Rosenow, Lowes, Kemfert \(2024\): *The elephant in the room: How do we regulate gas transportation infrastructure as gas demand declines?*](#)
- [Gasnetzstilllegung in Basel](#)
- [Interaktive Wärmekarte Basel mit Informationen zur Gasnetzstilllegung](#)
- [Gasnetzstilllegung in Winterthur](#)
- [Digitaler Energieplan Winterthur mit Informationen zur Gasnetzstilllegung](#)
- [Gasnetzstilllegung in Zürich](#)
- [Digitaler Energieplan Zürich mit Informationen zur Gasnetzstilllegung](#)
- [Gasnetzprüfung im Masterplan Wärme der Stadt Freiburg \(ab S.36\)](#)

Impressum

Ansprechpartner:innen am Umweltinstitut

Franziska Buch, Till Irmisch, Roman Spiegelsberger
Beratung Wärmewende, Gasausstieg
klimawende@umweltinstitut.org

Bildnachweis

pch.vector | Freepik
Collage: Umweltinstitut

Herausgeber

Umweltinstitut München e.V.

Goethestraße 20
80336 München
Tel.: (089) 30 77 49-0
www.umweltinstitut.org
E-Mail: info@umweltinstitut.org